

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für
Umwelt und Verkehr
Herrn Franz-Michael Jansen
An der Vogelstange 7
52511 Geilenkirchen

Kreistagsfraktion
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel. 02452/131730
Fax 02452/131735

Gruene-Fraktion@Kreis-Heinsberg.de
www.gruene-kv-heinsberg.de

26.6.2019

Fraktionen im Kreistag z. K.

Antrag nach § 5 GeschO zur Beratung und Beschließung im Umweltausschuss

Sehr geehrter Herr Jansen,

die nächste Umweltausschusssitzung am 11.7.19 wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Klimaschutz befassen, so Ihre Ankündigung in der letzten Kreistagssitzung.

Wir meinen, dass hierzu insbesondere die Kohlverstromung gehört. Dabei nehmen wir gerne den Vorschlag von Markus Söder auf, der sagte: „Die deutschen Klimaziele sind bis 2030 nur zu erreichen, wenn wir den Kohleausstieg massiv beschleunigen.“

Der Kreis Heinsberg als unmittelbar vom Braunkohleabbau Betroffener sollte daher u. E. aktiv werden, damit der seit vier Monaten vorliegende Kohleausstiegsplan endlich umgesetzt wird. Aus diesem Grund möchten wir einen Appell an den Bundestag und an die Bundesregierung richten, den der Kreistag beschließen soll.

Da die nächste Kreistagssitzung erst im Oktober stattfindet, bitten wir um Beratung und Beschluss in der Fachausschusssitzung am 11.7.19. Anschließend werden die Unterschriften der Fraktionsvorsitzenden eingeholt, um die Resolution noch vor der Sommerpause nach Berlin zu senden.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Heinsberg fordert Bundestag und Bundesregierung auf, umgehend politische und soweit wie möglich auch rechtliche Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs zu schaffen, um das von der Bundesrepublik ratifizierte Klimaschutzabkommen von Paris (2015) zu erfüllen. Dabei geht es im ersten Schritt vor allem um die gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emissionsfaktor und die im Gegenzug ebenfalls gesetzlich zu verankernde Bereitstellung von entsprechenden Strukturhilfen und Anpassungsgeldern für die in der Braunkohle Beschäftigten. Darüber hinaus sind alle Aktivitäten im Vorfeld des Braunkohleabbaus einzustellen, die Fakten für den Abbau schaffen und einem Kohleausstieg zuwiderlaufen könnten. Das gilt insbesondere für Umsiedlungen und Grundabtretungen gegen den Willen der Betroffenen, die weitere Zerstörung der Dörfer, der Infrastruktur und des Hambacher Waldes sowie für die Errichtung

neuer, dem Bergbau direkt oder indirekt dienender Infrastruktur. Die regionalen Abgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne in Berlin einzusetzen.

Begründung:

Die schnelle Abschaltung von Kohlekraftwerken ist der einzige und gleichzeitig der einfachste Weg, die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Demgegenüber ist es ungleich schwieriger, die CO₂-Emissionen in den anderen Sektoren wie Verkehr, Haushalte und Industrieprozesse kurzfristig zu senken.

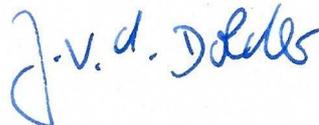
Seit über vier Monaten liegt der Abschlussbericht der Kohlekommission vor, doch bis heute fehlen eindeutige Erklärungen der Bundesregierung und insbesondere der sie tragenden Fraktionen und damit des Bundestags insgesamt, dass der Kohleausstieg kommt und der Bericht der Kommission die Basis für dessen Umsetzung ist. Im Gegenteil: Bei Parlamentsdebatten, in Erklärungen, Briefen etc. sprechen sich zahlreiche Koalitionsabgeordnete explizit gegen die Umsetzung des Abschlussberichtes und einen Kohleausstieg grundsätzlich aus. Die Bundesregierung selbst plant, das angekündigte Kohleausstiegsgesetz aufzuspalten und den die Braunkohle betreffenden Teil deutlich nach hinten in das Jahr 2020 zu verschieben. Bis heute hat die Bundesregierung noch keine ernsthaften Gespräche mit RWE über die Abschaltung von Kohleblöcken geführt. Gleichzeitig warten im Rheinischen Revier sowohl Bergbaubetroffene als auch Beschäftigte auf klare Signale von Bundesregierung und Koalition, während RWE tagtäglich Fakten schafft, als gäbe es den Kohleausstieg nicht.

Die im Abschlussbericht der Kohlekommission von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Milliardenhilfen zur Bewältigung des Strukturwandels sind eine große und vor allem eine einmalige Chance für die Region. Diese wird es nicht geben, wenn nicht jetzt auch die Abschaltung von Braunkohlekraftwerken, so wie im Bericht festgelegt, angegangen wird. Deshalb sollte die Region jetzt ihre Chance nutzen und auf einen konsequent umgesetzten Kohleausstieg drängen.

Mit freundlichen Grüßen



Ulrich Horst
Umweltpolitischer Sprecher



Jörg van den Dolder
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender